

Günter Pehl

Überholtes Konzept — politisch unbrauchbarer Rat

Zu den Gutachten des Sachverständigenrates
zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Selten hat sich das Bild der Konjunktur im Verlaufe eines Jahres so sehr gewandelt, wie dies 1973 der Fall war. Gleich blieb nur der gegenüber 1972 noch beschleunigte Preisanstieg — er bereitete allerdings den Wirtschaftspolitikern im Jahre 1973, vielleicht abgesehen von der Ölkrise am Jahresende, die Hauptsorge. Im 1. Halbjahr 1973 nahm der Konjunkturaufschwung, der sich im Herbst 1972 durchgesetzt hatte, fast boomartige Züge an. Er war ausgelöst worden und wurde geprägt von einer einmaligen Nachfrageflut aus dem Ausland, die die Investitionsneigung im Inland rasch steigen ließ. Dagegen gehörte der private Verbrauch das ganze Jahr über nicht zu den wichtigsten Auftriebskräften.

Um einen Boom zu verhindern, beschlossen Bundesregierung und Bundesbank im Frühjahr 1973 ein Bündel von Maßnahmen zur Konjunkturdämpfung. Zuvor war die Bundesrepublik durch das Block-Floating — die Freigabe der Wechselkurse von neun europäischen Ländern gegenüber dem Dollar — außenwirtschaftlich abgeschirmt worden. Dadurch hatten die Bremsmaßnahmen, anders als in früheren Konjunkturzyklen, diesmal durchschlagende Wirkung. Dem Aufschwung wurde die Spitze genommen, bevor er vollends zum Boom ausarten konnte. Bereits im Sommer 1973 schwächte sich die Nachfrage aus dem Inland, insbesondere nach Investitionsgütern, spürbar ab. In der zweiten Jahres-

hälfte 1973 befand sich die Wirtschaft in der Anfangsphase eines Konjunkturabschwungs. Er wird seit dem Jahresende durch die Auswirkungen der Erdölkrise überlagert und wahrscheinlich verstärkt. Sogar die Gefahr einer Stagnation ist akut geworden.

Dies ist — in wenigen Strichen skizziert — die konjunkturelle Entwicklung im abgelaufenen Jahr, wie sie sich, übereinstimmend mit wohl allen anderen Konjunkturbeobachtern, dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung dargestellt hat. Er ist in seinem Jahresgutachten 1973/74 ausführlich auf die Konjunktur des Jahres 1973 eingegangen. Das Gutachten wurde am 19. November 1973 der Bundesregierung und am 22. November 1973 der Öffentlichkeit übergeben¹⁾. Der Darstellung der Konjunktur-entwicklung 1973 folgt im Jahresgutachten eine Voraussage der „Voraussehbar-entwicklung“ 1974. Schließlich stellte die Ratsmehrheit, vier von fünf Professoren, zwei Alternativen einer möglichen Wirtschaftspolitik im Jahre 1974 zur Diskussion. Prof. Köhler legte, wie bereits in den Vorjahren, eine Minderheitsstellungnahme vor. Indessen hat der Sachverständigenrat, was die Prognose und die Darstellung einer möglichen Politik in diesem Jahr anbelangten, mit seinem zehnten Jahresgutachten Pech gehabt. Seine Aussagen waren wegen der kurz zuvor von den arabischen Staaten beschlossenen Kürzungen und Verteuerung der Öllieferungen bereits bei der Übergabe überholt.

Sondergutachten zur Ölkrise

Dies veranlaßte die Bundesregierung, den Rat um ein Sondergutachten zu bitten. Er legte es unter der Überschrift „Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Ölkrise“ am 19. Dezember 1973 vor²⁾. In der folgenden kritischen Würdigung wird dieses 40seitige Sondergutachten (SG) zusammen mit dem Jahresgutachten (JG) gesehen. Dabei kann natürlich nur auf einige, für die Arbeitnehmerschaft wichtige Aspekte eingegangen werden.

Vor der Kürzung der Öllieferungen durch die arabischen Staaten schätzten die Sachverständigen in ihrem Jahresgutachten voraus, daß das *reale* (Preissteigerungen unberücksichtigt lassende) Sozialprodukt 1974 um etwa 2,5 vH höher sein wird als 1973. Dabei nahmen sie eine unveränderte Fortsetzung des strengen Stabilitätskurses durch die Wirtschaftspolitik an (JG, Ziff. 253, 226).

Diese Prognose revidierte der Rat in seinem Sondergutachten, in dem er die Auswirkungen der Ölkrise berücksichtigte. Nach Anhörung von Experten erschien den Sachverständigen die Annahme realistisch, „die westdeutsche Wirtschaft werde 1974 mit 25 vH bis 30 vH weniger arabischem Öl auskommen müssen“. Daher gingen sie in ihren weiteren Überlegungen davon aus, „daß die

1) Jahresgutachten 1973. Bundestagsdrucksache VII/1273. Mitglieder des Sachverständigenrates sind die Professoren Bauer, Gutowski, Köhler, Klotten und Sievert.

2) Bundestagsdrucksache VII/1456

Versorgungslage 1974 durch ein Minderaufkommen an Mineralöl und Ölprodukten um annähernd 20 vH gekennzeichnet sein wird, das sind rund 30 Mill. t, *gemessen an dem, was vor der Krise bei einer dem Wachstum des Produktionspotentials entsprechenden Zunahme des Sozialprodukts im kommenden Jahr benötigt worden wäre*". (SG, Ziff. 7). In ihrem Jahresgutachten rechneten die Sachverständigen mit einem Anwachsen des Produktionspotentials im Jahre 1974 um rund 4 vH (Ziff. 253); hieran wird die Kürzung der Öllieferungen kaum mehr etwas ändern, da die Investitionen zur Ausweitung der Produktionskapazitäten weit überwiegend bereits 1973 oder vorher begonnen worden sind.

Vermindertes Wirtschaftswachstum

Einsparungen, vor allem beim privaten Verbrauch, und der Ersatz von Öl durch Kohle machen es nach Ansicht des Rates möglich, daß sich die Versorgungslücke im Jahre 1974 von rund 30 Mill. t auf 5 bis 6 Mill. t vermindert. Diese Fehlmenge erzwingt Einschränkungen der Produktion. Wird sie von allen Verbrauchergruppen — Industrie, Verkehr, private Haushalte — entsprechend ihrem Anteil am Mineralölverbrauch eingespart, „so ist 1974 ein Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion von etwa 1 vH gegenüber 1973 möglich" (SG, Ziff. 38). Zugleich rechnen die Sachverständigen damit, daß sich auch die Nachfrage stärker abschwächen wird, als sie noch in ihrem Jahresgutachten angenommen haben. So werden die Unternehmen wegen der Unsicherheit über ihre künftigen Absatzmöglichkeiten insgesamt weniger investieren als ursprünglich von ihnen beabsichtigt war, auch wenn es in einigen Bereichen zusätzliche Investitionsanstrengungen geben wird, die darauf zielen, Mineralöl als Energieträger und Rohstoff zu ersetzen. „Die privaten Haushalte können infolge zusätzlicher Preissteigerungen nicht mehr so viele Güter kaufen, wie es ohne Ölkrise möglich gewesen wäre. Vom Ausland werden geringere Impulse ausgehen als zunächst erwartet wurde, denn auch dort werden sich Produktion und Nachfrage und mithin auch der Importbedarf vermindern" (SG, Ziff. 39). Insgesamt erfordert die vom Sachverständigenrat geschätzte, abgeschwächte Nachfrage „eine gesamtwirtschaftliche Produktion, die um 1 vH höher ist als die des Vorjahres, um soviel also, wie wir bei günstigster Nutzung der knappen Energie 1974 für erreichbar halten" (SG, Ziff. 40).

Die Nachfrage- und Produktionseinschränkung führt zu einer höheren Arbeitslosenzahl. Bei einer Zunahme der Arbeitsproduktivität um 4 vH schätzen die Sachverständigen einen Rückgang des Arbeitsvolumens um 3 vH voraus. „Ungewiß ist jedoch, ob die Unternehmen die notwendige Anpassung des Arbeitsvolumens an die verlangsamte Produktionstätigkeit stärker über die Reduzierung der Arbeitszeit vornehmen oder stärker über die Verringerung der Beschäftigtenzahl" (SG, Ziff. 41). Der Rat nimmt an, daß die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit um reichlich 1 vH, die Beschäftigtenzahl um fast 2 vH zu-

rückgehen werden. Sie rechnen damit, daß 1974 im Jahresdurchschnitt etwa 400 000 Personen arbeitslos sein werden.

Verbraucherpreise 1974 mindestens um 8 vH höher

Vor Ausbruch der Energiekrise rechneten die Sachverständigen in ihrem Jahrgutachten für 1974 mit einem Anstieg des Niveaus der Verbraucherpreise um 6,5 vH. In ihrem Sondergutachten gehen sie davon aus, daß der Einfuhrpreis für Erdöl doppelt so hoch wie vor Ausbruch der Krise sein wird. Bei dieser Annahme dürften die Verbraucherpreise um etwa 1 1/2 vH stärker ansteigen, also 1974 um 8 vH höher sein als 1973. Inzwischen haben die Erdölländer die Preise für Erdöl noch weiter heraufgesetzt, so daß ein über 8 vH hinausgehender Anstieg der Verbraucherpreise zu befürchten ist.

Die Grundannahme der Prognose des Sondergutachtens — eine Einschränkung der Mineralöleinfuhren im Jahre 1974 um 20 vH — liegt auch den „Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1974“ zugrunde, die das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) entwickelt und (in seinem Wochenbericht vom 20. Dezember 1973) der Öffentlichkeit vorgelegt hat. Das DIW kommt allerdings, was das Wirtschaftswachstum anbelangt, zu einem ungünstigeren Ergebnis; es rechnet mit einem stagnierenden Sozialprodukt (bei einer möglichen Schwankungsbreite von etwa — 1 vH bis + 1 vH). Auch das Bundeswirtschaftsministerium nimmt an, daß es in der Bundesrepublik in diesem Jahr kein Wirtschaftswachstum geben wird³⁾.

Niemand kann die Versorgung mit Erdöl in diesem Jahr einigermaßen sicher vorausschätzen, und so meint der Rat am Schluß des Sondergutachtens, daß auch alles anders kommen könne, als es von ihm angenommen worden ist — schlimmer oder weniger schlimm. Da die Öllieferungen von den Arabern als politisches Erpressungsmittel benutzt werden, hängt das Ausmaß der Öleinfuhren 1974 von der Entwicklung im Nahen Osten ab, und die kann keiner voraussagen. Anfang Januar, als dieser Aufsatz geschrieben wurde, schien es so, als wären die Grundannahmen in den Prognosen der Sachverständigen, des DIW und der Bundesregierung zu pessimistisch. Die arabischen Erdölländer hatten Ende Dezember 1973 beschlossen, die Öllieferungen im Januar 1974 nicht um 30 vH, sondern nur um 15 vH zu kürzen. Bleibt es weiterhin dabei, dann würden sich die Öleinfuhren in die Bundesrepublik nicht wie erwartet um 20 vH, sondern nur um 10 vH vermindern. Eine Fehlmenge in diesem Ausmaße ließe sich voll beim privaten Verbrauch oder durch Ersetzung von Öl durch Kohle einsparen. Für die Produktion brauchte das Energieangebot nicht vermindert zu werden. Damit wäre 1974 ein Wirtschaftswachstum von 2 bis 3 vH durchaus möglich.

3) Rede des Bundeswirtschaftsministers Dr. Friderichs in der 67. Sitzung des Bundestages vom 29. 11. 1973 (Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 30. 11. 1973, S. 1541 ff.) In einer FDP-Veranstaltung am 6. 1. 1974 in Stuttgart rechnete der Minister erneut mit einem Wachstumsstillstand in diesem Jahr.

Jedenfalls wären es dann nicht mehr die Angebotsmöglichkeiten, sondern es wäre die Nachfrage, die 1974 über die wirtschaftliche Entwicklung entscheiden und ihr Grenzen setzen würde.

Ratsmehrheit für Beibehaltung der Restriktionspolitik

Mit den Vorstellungen der Ratsmehrheit könnte man allerdings auch bei besserer Ölversorgung ein Wirtschaftswachstum von 2 bis 3 vH nicht erreichen. Denn die Ratsmehrheit — vier von fünf Professoren — empfiehlt auch im Sondergutachten weiterhin grundsätzlich die Beibehaltung des strengen Stabilitätskurses. Sie spricht sich lediglich dafür aus, die Investitionssteuer für den Energiebereich aufzuheben und gezielte Hilfen für besonders stark im Konjunkturschatten stehende Wirtschaftsbereiche, wie Bauwirtschaft und Textilindustrie, — möglichst im Rahmen regionalpolitischer Programme — zu geben. „Keinesfalls besteht jedoch Anlaß, gegenwärtig schon ein Signal zu setzen, das einen Kurswechsel der monetären Politik anzeigt“ (SG, Ziff. 56).

Demgegenüber vertritt Prof. Claus Köhler die Auffassung, „daß der weiter fortschreitende Prozeß der Nachfragedämpfung restriktive Eingriffe nicht mehr rechtfertigt. Ein Beibehalten der restriktiven Maßnahmen würde den Nachfrageanstieg — der gegenwärtig gerade noch ausreicht, den durch die Erdölkrise eingeschränkten Kapazitätsspielraum auszulasten (Zuwachsrate der Auftragseingänge in der Industrie im Oktober 1973: + 7,3 vH) — weiter drosseln und neben der durch die Erdölkrise bedingten strukturellen Arbeitslosigkeit auch noch zu konjunktureller Arbeitslosigkeit führen. Einer zu starken Dämpfung des Nachfrageanstiegs könnte, neben der Aufhebung der Investitionssteuer und gezielten Mehrausgaben der Öffentlichen Hand, durch Wiedereinsetzung des § 7 b sowie durch eine dosierte Erhöhung liquider Mittel der Banken und Zinssenkungen begegnet werden.“ (SG, Anmerkung zu Ziff. 47). Bereits im Jahresgutachten hatte sich Prof. Köhler in einem Minderheitsvotum für eine Milderung des Restriktionskurses ausgesprochen, um eine Übersteuerung, ein Abgleiten in eine rezessive Entwicklung, zu vermeiden. Ihm geht es darum, durch eine „Strategie der Verstetigung“ die Nachfrage beständig an die Angebotsmöglichkeiten anzupassen. Das ist dann der Fall, wenn die Nachfrage mit der Zuwachsrate des Produktionspotentials, erhöht um die Rate unvermeidlicher Preissteigerungen, zunimmt.

Das Minderheitsvotum Prof. Köhlers deckt sich grundsätzlich mit den Auffassungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der seit einiger Zeit einen konjunkturpolitischen Kurswechsel fordert, um größere Beschäftigungseinbrüche und Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Deshalb hat er die konjunkturpolitischen Lockerungsmaßnahmen der Bundesregierung vom 19. Dezember 1973 begrüßt. Die Bundesregierung beschloß unter anderem die Aufhebung der Investitionssteuer, die Wiederzulassung der degressiven Abschreibung sowie der Sonderabschreibungen nach § 7 b EStG für Wohngebäude, den Verzicht auf Einschrän-

kungen bei den Investitionen des Bundes und die Vorbereitung von Investitionsprogrammen für den Fall eines zu großen Beschäftigungseinbruchs. Dagegen sah die Bundesregierung am 19. Dezember keinen Anlaß, ein Signal zu setzen, das einen Kurswechsel der Geldpolitik anzeigt. Dies ist vom DGB bedauert worden, denn die hohen Zinsen gehen in die Kostenrechnung ein und verteuern die Produktion.

Möglichkeiten der Globalsteuerung werden überschätzt

Offensichtlich überschätzt die Ratsmehrheit die Einwirkungsmöglichkeiten einer nur mit den Mitteln der Globalsteuerung arbeitenden Stabilitätspolitik auf die Preise. Bundesregierung und Bundesbank haben seit dem Mai vergangenen Jahres den härtesten Stabilitätskurs seit Bestehen der Bundesrepublik gesteuert. Anders als sonst sind diesmal — wegen der erfolgreichen außenwirtschaftlichen Absicherung — die beabsichtigten Dämpfungswirkungen auf die Nachfrage nicht ausgeblieben. Das Tempo der Nachfrageexpansion wurde in nur wenigen Monaten stark verlangsamt. Während in den ersten fünf Monaten 1973 die Auftragseingänge aus dem Inland bei den Industriefirmen um 21 vH über dem Vorjahrsstand lagen, betrug die Zunahme im September/Oktober nicht einmal mehr 2 vH. In einer Reihe von Wirtschaftszweigen ist die Nachfrage inzwischen sogar besorgniserregend rückläufig. Dennoch kam die erwartete Preiswende bis zum Oktober 1973, dem Monat, in dem die Ölkrise begann, nicht. Zwar ging der Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung von seinem Höchststand im Juni 1973 mit 7,6 vH auf eine Rate von 6,6 vH im Oktober 1973 zurück, aber diese rückläufige Bewegung war vor allem auf einen Rückgang sehr hoher Nahrungsmittelpreise zurückzuführen. Die industriellen Erzeugerpreise stiegen dagegen Monat für Monat; im Oktober waren sie um 7,2 vH höher als ein Jahr zuvor, im November sogar um 8,1 vH. Vermutlich wären die Verbraucherpreise auch ohne Ölkrise wieder angestiegen.

Die Ratsmehrheit tut so, als hätte die Globalsteuerung bisher gut funktioniert. In Wirklichkeit sind die Erfahrungen mit ihr aus den letzten Jahren aber alles andere als ermutigend. Als Hauptmängel ergaben sich, daß sie eine geschlossene Volkswirtschaft voraussetzt, daß sie die einzelnen Wirtschaftszweige sehr unterschiedlich trifft und daß sie von der Annahme ausgeht, die Preisbildung orientiere sich an den Nachfrageänderungen, wie sie von der Globalsteuerung bewirkt werden.

Tatsächlich ist die Bundesrepublik natürlich keine geschlossene, sondern eine offene Volkswirtschaft mit hoher internationaler Abhängigkeit und Verflechtung. Ausfuhr und Einfuhr haben ein Volumen von jeweils nahezu einem Fünftel. Nationale Zuständigkeiten sind teilweise, z. B. in der Agrarpolitik, an die Europäische Gemeinschaft abgegeben worden. Infolgedessen ist die Preisentwicklung durch die nationale Wirtschaftspolitik nur sehr bedingt einflußbar. Da Preisanstieg und Geldentwertung weltweit sind, ist bei diesen Gegebenheiten

nicht mehr erreichbar, als daß die Bundesrepublik am Ende der internationalen Preisleiter steht. Das ist 1973 auch gelungen. Während die Verbraucherpreise im Oktober 1973 in der Bundesrepublik um 6,6 vH höher waren als ein Jahr zuvor, betrug der Anstieg in Frankreich 8,1 vH, in Großbritannien 9,9 vH, in Italien 11,2 vH, in der Schweiz 8,3 vH (September), in den USA 7,9 vH und in Japan 12,4 vH (September). Gleichzeitig war die Arbeitslosigkeit bei uns mit einer Quote von 1 vH am niedrigsten.

Agrarpreispolitik zu Lasten der Verbraucher

Nach der Theorie, auf der die Politik der globalen Nachfragesteuerung aufbaut, dürfte es einen hohen — und, was die industriellen Erzeugerpreise angeht, noch beschleunigten — Preisanstieg, wie wir ihn 1973 hatten, bei Rückgang der Nachfrage und der Kapazitätsauslastung eigentlich gar nicht geben. Daß es ihn dennoch gegeben hat ist auf die anderen, von der Globalsteuerung gar nicht oder kaum beeinflussbaren Ursachen der Preissteigerungen zurückzuführen. Dazu ist z. B. die Agrarpreispolitik der Europäischen Gemeinschaft zu zählen, die in "Wahrheit Einkommenspolitik zugunsten der Bauern und zu Lasten der Verbraucher ist. Eine durchschnittliche Arbeitnehmerfamilie gibt fast drei Zehntel ihres Einkommens für Nahrungsmittel aus. Bis zum Sommer 1973 waren die Nahrungsmittelpreise weit überdurchschnittlich angestiegen. Der Agrarprotektionismus hatte die Wirkung, daß die Durchschnittseinkommen der westdeutschen Bauern im Wirtschaftsjahr 1972/73 um 15 vH — und damit höher als die der Arbeitnehmer — gestiegen sind; ein Jahr zuvor hatten sie ihre Einkommen sogar um 35 vH verbessern können. Dennoch sind die Bauern unzufrieden und fordern von Bonn und Brüssel weitere Heraufsetzungen der Agrarpreise. Daß das Niveau der Agrarpreise „vorläufig nicht wesentlich stiege“, wird nach den Erfahrungen, die wir haben, wohl ein frommer Wunsch der Sachverständigen bleiben (JG, Ziff. 356).

Nicht nur beim Erdöl, auch bei fast allen anderen wichtigen Rohstoffen — ob es sich um Getreide, Fleisch, Zucker, Ölsaaten, Wolle, Baumwolle, Kautschuk, Leder, Holz, Eisen und Nichteisenmetalle handelt — ist auf den internationalen Märkten eine Verteuerung festzustellen, wie es sie seit der Korea-Krise von 1952 nicht mehr gegeben hat. Im Dezember 1973 lagen die Rohstoffpreise nach dem Index des Hamburger HWWA-Archivs um 76 vH über dem Vorjahrsstand.

Vermachtete Märkte für Globalsteuerung unangreifbar

Auf Märkten mit einem hohen Konzentrationsgrad erfolgt die Preisbildung der Unternehmen weitgehend unabhängig von der Nachfrage. Der Wettbewerb wird durch Unternehmenskonzentrationen, Abstimmung der Verhaltensweisen, Preisabsprachen und Preisempfehlungen ausgehöhlt. Ein oder wenige Unternehmen beherrschen den Markt oder es kommt zwischen — mitunter sogar rela-

tiv vielen — Unternehmen zu Preisabsprachen oder abgestimmtem Preisverhalten. Bei den großen, insbesondere den multinationalen Unternehmen, werden die Preise nicht an den Chancen einer kurzfristigen Gewinnmaximierung orientiert, sie ergeben sich nicht aus dem Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage, sondern sind das Resultat einer langfristigen Gewinn- und Investitionsplanung. Im angelsächsischen Sprachgebrauch sind das „administrierte Preise“.

„Der Erfolg der vereinten Bemühungen von Bundesregierung und Bundesbank, mit den Mitteln der Nachfragesteuerung die Preissteigerungen einzudämmen, kann jedoch durch die zunehmende Vermachtung der Märkte in Frage gestellt werden“, stellt das Bundeskartellamt in seinem Tätigkeitsbericht 1972 fest⁴⁾. Es sei „eine empirisch belegbare Erkenntnis, daß sich privat administrierte Preise auf oligopolistisch strukturierten Märkten, auf denen wesentlicher Anbieterwettbewerb fehlt, gegenüber der Anwendung des traditionellen konjunkturpolitischen Instrumentariums als resistent erweisen... Da die Preise auf vermachteten Märkten durch einen hohen Grad von Starrheit nach unten gekennzeichnet sind und außerdem im Konjunkturverlauf vielfach eine ‚perverse flexibility‘ (John M. Blair) zeigen — Konstanz im Aufschwung, Anstieg erst bei bereits rückläufiger Nachfrage —, führt eine konsequent restriktive Geldpolitik hier möglicherweise nur zu einem Rückgang der Beschäftigung.“

Diese Gegebenheiten und Zusammenhänge kennt natürlich auch die Mehrheit des Sachverständigenrates. Dennoch hält sie ohne Abstriche an der Konzeption der globalen Nachfragesteuerung fest. Dem Rat ist zu empfehlen, daß er sich eingehend mit den wirklichen Preisbildungsvorgängen auf wesentlichen Märkten befaßt und sich dann die Frage beantwortet, mit welcher Politik, mit welchen Mitteln mehr Preisstabilität auf mehr oder weniger vermachteten Märkten oder auch im Agrarbereich zu erreichen ist.

Begrenzung der Lohnerhöhungen auf 8,5 vH?

Das wäre jedenfalls hilfreicher als das Bemühen, die Schuld am Preisauftrieb vor allem der Lohnpolitik zuzuschreiben. Nach Ansicht der Ratsmehrheit „führt kein Weg an der Einsicht vorbei, daß über den Ausgang der Stabilitätspolitik im Jahre 1974 die Lohnpolitik zu entscheiden hat“. (JG, Ziff. 325.) Im Sondergutachten wird ein Anstieg der effektiven Stundenverdienste von 9,5 vH für vertretbar gehalten. „Dieser würde erreicht, wenn die Effektivlöhne im Jahresrhythmus der Tarifverträge um jeweils rund 8,5 vH erhöht würden.“ (SG, Ziff. 53). Dieser Satz ergibt sich als Summe des Produktivitätszuwachses und eines Teils der „als unvermeidlich anzusehenden Preissteigerungen“; die durch die Ölverteuerung bedingten Preissteigerungen blieben unberücksichtigt, da hinter diesem Anstieg „keine Einkommen von Inländern, die etwa verteilt werden könn-

4) Bundestagsdrucksache VII/986, S. 6

ten", stehen. Der Erhöhungssatz von 8,5 vH soll nicht nur für die Anhebung der Stundenlöhne gelten, vielmehr rechnen die Sachverständigen Nebenleistungen wie zusätzliches Urlaubs- und Weihnachtsgeld an.

Nimmt man mit den Sachverständigen an, daß die Verbraucherpreise 1974 um 8 vH höher sein werden als 1973, dann bedeutet eine Erhöhung der Bruttolöhne und -gehälter um 8,5 vH, daß die Kaufkraft der Nettolöhne und -gehälter gegenüber dem Vorjahr absinken würde. Denn der Staat erhält durch die unverändert scharfe Lohnsteuerprogression einen überproportionalen Anteil von der Bruttolohnerhöhung. Aus den Nettoeinkommen der Arbeitnehmer wird der private Verbrauch zum überwiegenden Teil finanziert, gehen diese in ihrem realen Wert zurück, dann ist die Folge, daß von den privaten Haushalten 1974 weniger an Waren und Dienstleistungen gekauft werden kann als 1973. Der Rat nimmt außerdem sicherlich richtig an, daß die Unternehmen weniger investieren werden. Mit einer Minderung des realen privaten Verbrauchs — um 1 bis 2 vH — und einem Rückgang der privaten Investitionen wären wir indessen auf dem Wege in eine Rezession; die Ratsmehrheit hält jedoch einen realen Sozialproduktzuwachs von 1 vH für möglich. Diese Rechnung geht nicht auf.

Um 1974 bei einer Preissteigerung von 8 vH die Kaufkraft der *Nettolöhne* im Vergleich zum vorigen Jahr zu sichern, ist allein schon eine Erhöhung der Bruttolöhne und -gehälter um 10 vH erforderlich. Soll eine Stagnation des privaten Verbrauchs und damit letztlich eine gesamtwirtschaftliche Stagnation vermieden werden, dann müssen die Bruttolöhne und -gehälter stärker wachsen.

Nettoeinkommen der Selbständigen steigt um 14 vH

In diesem Zusammenhang ist eine Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) über „Das Einkommen sozialer Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1972" interessant⁵⁾. Danach sind von 1968 bis 1972 die Netto-Einkommen aus der jeweiligen Erwerbstätigkeit von Jahr zu Jahr im Durchschnitt gestiegen: je Selbständigen um 14 vH, je Angestellten und Beamten um 9 vH, je Arbeiter um knapp 10 vH und je Rentner um 9 vH. Nimmt man die durchschnittlichen Netto-Haushaltseinkommen, dann weisen die Selbständigen-Haushalte von 1968 bis 1972 eine mittlere Jahresrate von reichlich 13 vH auf, während die übrigen Haushaltstypen nur eine jährliche Einkommenserhöhung von rund 9 vH verbuchen konnten. Das DIW betrachtet die Entnahmen der Selbständigen aus ihren Gewinnen als deren Nettoeinkommen. Um die Position der Selbständigen im Verteilungskampf beurteilen zu können, muß man den sicherlich ebenfalls hohen jährlichen Zuwachs an Sachvermögen (Produktivvermögen) hinzurechnen. Er wird nicht nur durch die nicht entnommenen Gewinne finanziert, sondern weit stärker noch durch die Abschrei-

5) Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 6. 12. 1973

bungen, die als Kosten in die Preise eingehen und von den Verbrauchern bezahlt werden müssen.

In den Jahres- und Sondergutachten wird ausführlich dargestellt, wie wichtig „rationale Entscheidungen der Tarifpolitik“ (JG, Ziff. 330) und „stabilitätsgerechte“ Lohnerhöhungen für die Preisstabilität sind. Der Sachverständigenrat ist zu fragen, ob er denn die Entwicklung der Nettoeinkommen, wie sie sich aus der DIW-Untersuchung ergibt, für stabilitätsgerecht hält. Nettoeinkommenssteigerungen von 14 vH führen doch wohl zu einem Anwachsen der privaten Verbrauchsausgaben, das mit den stabilitätspolitischen Absichten der Bundesregierung nicht in Einklang zu bringen ist. Außerdem darf man nicht nur die Löhne, sondern muß auch die Gewinne — ihre Verteidigung und ihre Erhöhung — als ein Phänomen des Kostendrucks ansehen⁶). Schließlich wirkt sich die Durchsetzung von Investitionsplänen — die zum Zuwachs des Sachvermögens führen — auf die Kosten aus — einmal, indem sie bei der Preiskalkulation berücksichtigt werden, zum anderen durch steigende Abschreibungen. Ist es nicht sehr wahrscheinlich, daß die Unternehmer ihre Preise so kalkuliert haben, daß ihre Nettoeinkommen in dem Ausmaß, wie es die DIW-Untersuchung ergeben hat, und darüber hinaus ihr Vermögenszuwachs in kaum niedrigeren Steigerungsraten wachsen konnte? So ausführlich auch die Lohnpolitik abgehandelt wird, über die stabilitätspolitischen Probleme der Selbständigeneinkommen findet man jedenfalls in den beiden Gutachten des Sachverständigenrates kaum etwas.

Was die einkommenspolitische Seite anbelangt, so vertritt die Ratsmehrheit die Ansicht, daß die Verteilungsrelationen eigentlich nicht so schlecht seien, jedenfalls nicht so, daß sie in diesem Jahr verändert werden müßten (JG, Ziff. 326). Die bereits erwähnte Pro-Kopf-Analyse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung ergab, „daß im Jahre 1972 ein Selbständiger monatlich netto 3 770 DM, ein Angestellter (und Beamter) 1 365 DM, ein Arbeiter 1 035 DM aus seiner Erwerbstätigkeit erzielte. Ein Rentner erhielt durchschnittlich 780 DM, Selbständige verfügten mithin über mehr als dreimal so hohe Einkünfte wie Arbeitnehmer⁷).“ Ist diese Verteilungsrelation selbstverständlich? Kann sie rechtfertigen, daß in den Sachverständigen-Gutachten den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften die Last der Preisstabilisierung aufgebürdet wird? Wie kommen die Sachverständigen — die in hochdotierten, lebenslänglich abgesicherten Positionen sitzen — dazu, um den Preis eines hohen Beschäftigungsrisikos für die Fortführung einer strengen Stabilisierungspolitik zu plädieren, obwohl deren Erfolg nach aller Erfahrung — und selbst ihnen (siehe u. a. JG, Ziff. 320) — zweifelhaft ist?

Nach Ansicht der Sachverständigen wächst das Bewußtsein, daß eine Dauerinflation „Zeichen der Niederlage unseres Wirtschaftssystems wäre“ (JG, Ziff.

6) So stellt es z. B. Dr. H.-J. Schmahl in einem Referat dar, das er auf einer Forumsveranstaltung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften Anfang Dezember 1973 in Düsseldorf hielt.

7) Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 6. 12. 1973, S. 452.

310). Aber mindestens so stark, wahrscheinlich stärker, wird das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der Bundesrepublik durch Beschäftigungseinbrüche mit hoher Arbeitslosigkeit und durch starke Ungerechtigkeiten in der Einkommens- und Vermögensverteilung in Frage gestellt. Die schleichende Inflation unserer Zeit sei eine „schwere Herausforderung an die Vernunft“, meint der Sachverständigenrat. Sie ist aber auch eine Herausforderung an die Wirtschaftswissenschaft. Beim Lesen der Gutachten drängt sich der Eindruck auf, daß der Rat diese Herausforderung noch nicht ernst genug genommen hat.